



Veleff, Peter

Führen in Krisenlagen. Leipzig und Berlin 1989. Teil 1

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (4/2019), 61-71.

doi: 10.7396/2019_4_F

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Veleff, Peter (2019). Führen in Krisenlagen. Leipzig und Berlin 1989. Teil 1, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (4), 61-71, Online: http://dx.doi.org/10.7396/2019_4_F.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2019

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 02/2020

Führen in Krisenlagen

Leipzig und Berlin 1989

Teil 1

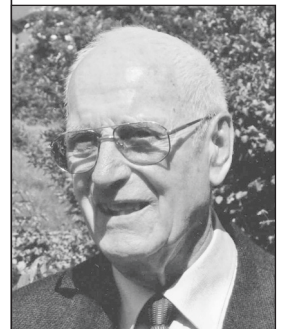
Vor 30 Jahren hatten höchste, mittlere und subalterne Führungskräfte der bewaffneten Sicherheitskräfte der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), Polizei, Staatssicherheit, Nationale Volksarmee (NVA) und Grenztruppen, schwerwiegende Entscheidungen mit teils historischen Auswirkungen zu fällen. Im Herbst 1989 waren seit langer Zeit anschwellende politische Unruhen in der Bevölkerung eskaliert, welche sich rasch – ausgehend von Berlin, Dresden und Leipzig – über das ganze Land ausweiteten. Die Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit ihren Lebensbedingungen unter der von einer einzigen, autoritären Partei beherrschten Regierung äußerte sich zunehmend in Unmut und Demonstrationen. Für Entscheidungsträger des Politbüros, des Nationalen Verteidigungsrates (NVR), der Staatssicherheit, der Polizei und des Militärs, bis hinunter zu den auf der Straße im Dienst stehenden Staatsbeamten entstanden Lagen, für welche sie weder vorbereitet noch ausgebildet worden waren. Ihr Handeln löste Reaktionen und teilweise Verwirrung bis in den fernen Kreml aus, galten doch etwa in Berlin auf Grund des Vier-Mächte-Abkommens der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges besondere Rechtszustände. In dieser Darstellung soll, insbesondere anhand der Ereignisse von Leipzig und der Grenzöffnung in Berlin 1989, aufgezeigt werden, wie sich die damals verantwortlichen Führungskräfte unterschiedlicher Ebenen in Ausnahmesituationen tatsächlich verhielten. Im Unterschied zu Übungsannahmen bestimmten weder Drehbücher noch Schiedsrichter die Folgen, sondern allein die Wirklichkeit. Nach drei Jahrzehnten sollte es inzwischen möglich sein, die Ereignisse und die Handlungen der Verantwortlichen emotionsloser und sachlicher zu beurteilen, als es damals, in der aufgewühlten politischen Stimmung, möglich war. Es geht nicht um eine moralische Bewertung der DDR und/oder der Ideologie des „realen Sozialismus“ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Es geht einzig und allein darum, wie Staatsfunktionäre verschiedener hierarchischer Ebenen in außergewöhnlichen Lagen agierten.

DEMONSTRATIONEN UND VORGÄNGE IM HERBST 1989 IN LEIPZIG, BERLIN UND ANDEREN ORTEN

Die Situation in der DDR

Im Herbst 1989 wurde die DDR zunehmend von inneren Unruhen erschüttert.

Auf einer Dienstbesprechung des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, vom 31. August 1989 „zu den Fragen Ruhe, Ordnung, Sicherheit und der Macht“¹ trugen alle Leiter der Bezirksverwaltungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) oder deren Vertreter die in ihrem Bezirk herrschende Situation vor. Sie war geprägt



PETER VELEFF,
*ehem. Generalsekretär der
 Militärdirektion Zürich.*

durch die Aktivitäten der Kirchen und zahlreichen Unmutsäußerungen vieler Bürger innerhalb und außerhalb der SED. So berichtete MfS-Generalleutnant Hummitzsch² aus Leipzig wörtlich: „Die Stimmung ist mies. Es gibt umfangreiche Diskussionen über alle berechtigten und unberechtigten Probleme, die es gibt. Und was uns hierbei besonders bewegt, es gibt solche miesen Stimmungen auch innerhalb der Parteiorganisationen.“³ Aber „was die Frage der Macht betrifft“, glaubte man in dessen „die Sache fest in der Hand zu haben, sie ist stabil“ (Hummitzsch). Mielke befahl daraufhin, dass „polizeiliche und andere Mittel (...) möglichst zunächst in gedeckter Form erfolgen, dass sie nicht sichtbar werden“.⁴

Verschärfung der Lage durch die österreichisch-ungarische Grenzöffnung

Nachdem am 10. September 1989 (nach geheimer Absprache und einer Geldzahlung aus Bonn) Ungarn die Grenzen zu Österreich geöffnet hatte, nahm der Druck auf die DDR-Regierung durch die einsetzende Massenflucht rasch zu. Am 22. September 1989 entschied das damals vom Politbüromitglied Günter Mittag dominierte Sekretariat der SED⁵, dass die DDR-Bürger, die sich in den Botschaften der Bundesrepublik Deutschland (BRD) in Budapest und Prag aufhielten, „aus humanistischen Gründen“ ausreisen dürften, „jedoch erst nach Antragstellung in der DDR.“⁶ Dieser Beschluss erzielte jedoch keine Wirkung auf die Fluchtbewegungen, sodass schließlich am 3. Oktober 1989 – gemäß einer Vereinbarung mit der BRD – für die Nacht vom 4. auf den 5. Oktober 1989 einer Durchfahrt von Eisenbahnzügen mit Flüchtlingen aus Prag über Dresden in die BRD zugestimmt wurde. Ebenfalls am 22. September 1989 hatte das Sekretariat des Politbüros der SED den Entwurf eines Briefes Honeckers an die Ersten Sekretäre

der Bezirksleitungen gebilligt, in welchem gefordert wurde, dass „Aktionen von Feinden und konterrevolutionären Gruppen (...) im Keim erstickt werden müssen und keine Massenbasis dafür zugelassen werde.“⁷

Die Entscheidung, die Bahnzüge aus der CSSR in die BRD über Dresden zu leiten, führte aber zu einer raschen weiteren Verschärfung der innenpolitischen Spannungen. „Nicht nur für Dresden entwickelten sich dramatische Bedingungen, es eskalierte die ganze innenpolitische Situation in der DDR. Während sich Honecker, der Anfang Oktober in die Öffentlichkeit zurückkehrte, auf den Feiertag einstellte, widerspiegelte der letzte Jahrestag der Republik die tiefe Spaltung zwischen Partei, Staat und Gesellschaft. Die Gorbi-Rufe am 6./7. Oktober [1989] in Berlin zeugten von einer Absage an Honecker.“⁸

Eskalation durch den Einsatz von Polizei und Sicherheitskräften

Am Abend des 7. Oktober 1989 zogen in Berlin in einem Fackelzug Menschenmengen am Palast der Republik vorbei, in dem die Partei- und Staatsführung mit ihren ausländischen Gästen (darunter Gorbatschow) einen Festempfang durchführte. Ihr Ziel war die Gethsemane-Kirche, wo schon seit Tagen im Rahmen einer Fasten-Mahnwoche hunderte von Kerzen für die zu Unrecht inhaftierten politischen Gefangenen entzündet worden waren. Nun griffen Polizei und Sicherheitskräfte ein, mit dem Auftrag, die Demonstrationen umgehend aufzulösen. Es wurde mit Gummiknüppeln auf Demonstranten eingeschlagen, Polizeifahrzeuge für Zuführungen aufgefahren und das Terrain abgesperrt. Auch in Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Leipzig, Erfurt, Halle, Magdeburg, Plauen, Potsdam und Arnstadt hatten am selben Tag politische Demonstrationen mit insgesamt rund 55.000 Teilnehmern

stattgefunden. Die Polizei griff auch hier ein, löste die Demonstrationen teils mit Gewalt auf und nahm etwa 3.000 Personen vorläufig fest. „Nach dem 7. Oktober war nichts mehr in alter Weise zu verstehen und machbar. Bürger forderten auf der Straße den demokratischen Dialog und begannen auf ihre Weise, von der Republik Besitz zu ergreifen.“⁹

Die Reaktion der Staatsmacht hatte gezeigt, dass – jedenfalls bis zu diesem Datum – noch immer die unnachgiebigen Haltungen des Politbüros und/oder Honeckers galten und von den jeweiligen Chefs von Polizei und Sicherheitskräften auch vollzogen wurden. Demonstrierende Bürger waren in der Tonart Mielkes „Feinde und konterrevolutionierende Gruppen“, deren Aktionen „im Keim erstickt werden müssen.“ Von Bedeutung war hingegen, dass sich innerhalb der Staatsführung immer mehr Leute der damit verbundenen Gefahr einer weiteren Eskalation oder des Ausrastens Einzelner bewusst wurden. Sie hielten eine Verhaltensänderung – aus welchen Gründen auch immer – für nötig und fanden Gehör, sodass sich damit auch der Nationale Verteidigungsrat der DDR zu befassen begann.

Am 26. September 1989 unterzeichnete Erich Honecker als Vorsitzender dieses Gremiums einen ersten, auf die aktuelle Lage und insbesondere auf die bevorstehenden Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR (7. Oktober 1989) gezielten Befehl. Es war dies der Befehl Nr. 8/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in der Hauptstadt der DDR, Berlin, anlässlich des 40. Jahrestages der DDR.¹⁰ Dieser vom Sekretär des NVR, Generaloberst Fritz Streletz, beantragte Befehl ging an den Ersten Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung der SED Berlin (Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomi-

tees der SED, Schabowski), den Minister für Nationale Verteidigung (Mitglied des Politbüros und Armeegeneral Keßler, für NVA und Grenztruppen), den Minister für Staatssicherheit, Mitglied des Politbüros (Erich Mielke) sowie an den Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei (Armeegeneral Dieckel), also an die Chefs aller bewaffneten Kräfte.

Inhalt des Befehls war der Aufbau einer ständigen Führungsbereitschaft in den Einsatzleitungen Berlin und deren Kreisleitungen mit Aufträgen für ständige Analysen und die „Organisation einer zielgerichteten politisch-ideologischen Arbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und des offensiven Reagierens auf provokatorische Erscheinungen und Aktionen“ nebst Verbindungs- und Meldepflichten. Der Befehl zeugte von einem noch immer uneinsichtigen Denken der Staatsführung. Demonstranten waren keine für berechtigte Reformen demonstrierende Bürger, sondern „bestimmte Kreise in der BRD und Berlin (West) sowie von ihnen ausgehaltene und beeinflusste feindliche Gruppen [benutzen sie] zu einer außergewöhnlichen Hetzkampagne gegen unsere sozialistische Gesellschaftsordnung sowie gegen das gesamte Volk der DDR und zur Störung des Ablaufs des normalen Lebens.“¹¹ Dieser Befehl enthielt auch kein Verbot des Gebrauchs der Schusswaffe. Die unnachgiebigen Weisungen Berlins wurden hingegen durch mutige Entscheidungsträger auf den unteren Bezirksebenen erstmals in Dresden und in Leipzig in Frage gestellt und missachtet.

Deeskalierende Maßnahmen auf beiden Seiten

In dieser explosiven Lage setzten besondere Bürgergruppen, insbesondere im Zuge der Montagsdemonstrationen in Leipzig, deutliche Akzente gegen die Gewalt: Die Aufschrift an der Nikolai-Kirche „Lasst

die Steine liegen!“, Aufrufe prominenter Bürger und eine Demonstration von 70.000 Leipzigern unter der Losung „Keine Gewalt“ vermochten erstmals eine erhebliche Beruhigung der Lage herbeizuführen. Aber auch auf Seiten der Bezirksbehörden fand ein Umdenken statt. Am Morgen des 9. Oktober 1989 fand unter Leitung des Ersten Sekretärs der SED-Bezirksleitung in Leipzig (Helmut Hackenberg) eine Besprechung wichtiger Machtträger statt, so u.a. der Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei (Generalmajor Straßenburg), von der NVA Generalmajor Diederich und für die Staatssicherheit der Leiter der Bezirksbehörde des MfS, Generalleutnant Hummitzsch. Wichtiges Gesprächsthema war die immer noch gültige Weisung Honeckers aus Berlin, alle weiteren Demonstrationen „im Keim zu ersticken“. Nichts weniger also, als eine Diskussion von Machtträgern auf Bezirksebene, ob der Weisung des höchsten Staats- und Parteichefs weiterhin Folge zu leisten sei oder aber (unter dem Regime einer DDR für diese persönlich nicht ungefährlich!) angesichts der explosiven Lage und der Gefahr eines Bürgerkrieges aus eigenem Entschluss vom Gehorsam abzuweichen.

Anstoß für den Umschwung in der Lagebeurteilung und im Denken der Führungsriege Leipzigs dürfte die Feststellung von MfS-Generalleutnant Hummitzsch gewesen sein, dass es „weder durch den Einsatz von Schußwaffen noch anderer polizeilicher Hilfsmittel mehr möglich sein würde, die Demonstrationen zurückzudrängen“. ¹² Seinen Mitarbeitern sei es – und zwar entgegen der Dienstvorschrift des Ministers – jedenfalls verboten, auf der Straße die Dienstwaffe zu tragen. Und ohne diese hier einzeln darstellen zu können, trugen an diesem Tag – trotz diverser Gerüchte oder Drohungen – weitere, zurückhaltende Anordnungen und beruhigende Aufrufe beider Seiten in hohem

Maß dazu bei, dass sich trotz der Großdemonstration in Leipzig mit rund 70.000 Teilnehmern keine Gewaltakte mehr ereigneten. Als Hummitzsch gemeldet wurde, dass an der Nikolaikirche ein großes gelbes Tuch mit der Aufschrift „Leute – heute keine Gewalt! Reißt euch zusammen und lasst die Steine liegen“ angebracht worden sei, befahl er, dieses hängen zu lassen. Ebenso entscheidenden Einfluss hatten ca. 30.000 verteilte Flugblätter, verfasst und in Eile gedruckt von Leipziger Basisgruppen um Pfarrer Christoph Wonneberger, mit der Mahnung: „Wir sind ein Volk! Gewalt hinterlässt ewig blutende Wunden!“ Daneben wurden persönliche Gespräche mit der Bezirksverwaltung Leipzig der Staatssicherheit (Hummitzsch) geführt, bei welchen zur Vorbeugung von Eskalationen Verhaltensregeln abgesprochen wurden. Dies zeigte maßgeblichen Vertretern der demonstrierenden Bürger, dass auch mit der Staatsmacht, ähnlich wie bereits in Dresden geschehen, Gespräche möglich waren.

Reaktionen in Berlin

Nach der großen Demonstration vom 9. Oktober 1989 in Leipzig befürchtete die Parteileitung in Berlin für den folgenden Montag (16. Oktober 1989) eine noch größere Zahl von 120.000 bis 150.000 Teilnehmern. Unter der Führung von Egon Krenz (damals noch verantwortlicher Zentralkomitee[ZK]-Sekretär für Sicherheitsfragen) flogen am 13. Oktober 1989 Generaloberst Mittag (als 1. Stv. Minister Mielkes), Generaloberst Wagner (Chef des Stabes des Ministers des Innern), Wolfgang Herger (Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen im ZK der SED) und Generaloberst Streletz (als Sekretär des NVR) nach Leipzig. Zweck dieser Reise war eine dreistündige Besprechung mit der Bezirkseinsatzleitung, um zu eruieren, wie auf die nächste Demonstration

politisch und polizeilich reagiert werden solle. Die hochrangige Delegation aus Berlin nahm Kenntnis von den schon auf der Bezirksebene befohlenen Maßnahmen für die Schutz- und Sicherheitsorgane: Keine Provokationen, keine Gewalt, keine Anwendung von Schusswaffen! Sie bestätigte diese und kehrte nach Berlin zurück. Auf dem Heimflug entwarf Streletz noch im Flugzeug den Text für den Befehl Nr. 9/89 über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in Leipzig.¹³ Dieser Befehl wurde sofort nach der Ankunft in Berlin von einer Sekretärin aus dem Büro Krenz niedergeschrieben und gegen 17:00 Uhr von Krenz und Streletz mit Berichterstattung Erich Honecker vorgelegt. Nach einstündiger Diskussion unterzeichnete dieser schließlich den Befehl als Generalsekretär der SED und als Vorsitzender des NVR (es sollte sein letzter werden), womit dieser in Kraft trat. Damit war nunmehr ein Verbot des Einsatzes von Schusswaffen für alle bewaffneten Schutz- und Sicherheitsorgane festgelegt.

Nach der Absetzung Honeckers als Generalsekretär am 17. Oktober 1989 im ZK des Politbüros (auf den Vorgang wird in diesem Beitrag noch eingegangen) verfasste Streletz einen Entwurf zu einem ähnlichen Befehl Nr. 10/89 zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in Berlin, welcher aber gemäß einer Randnotiz von Streletz nicht in Kraft gesetzt wurde.¹⁴ Dafür trat wenig später der Befehl Nr. 11/89 des Vorsitzenden des NVR der DDR über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in den Bezirken der DDR¹⁵ in Kraft, unterzeichnet vom neuen Generalsekretär Krenz und damit gültig für alle Sicherheits- und Ordnungskräfte der gesamten DDR. Er wurde allen 15 Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen zugestellt, da man auch dort mit Demonstrationen rechnete und Anordnungen für die Sicherung der Staatsgrenze

festlegen musste. Entsprechend wurde (nebst Anordnung einer permanenten Anwesenheit und Orientierung der Führungsorgane) befohlen:

- „5. Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel gegenüber Demonstranten erfolgt nur bei Gewaltanwendung gegen eingesetzte Sicherheitskräfte bzw. Objekte auf Befehl der Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung.
6. Durch die Bezirkseinsatzleitungen der Grenzbezirke sind die erforderlichen Maßnahmen vorzusehen, damit Demonstranten nicht in das Grenzgebiet eindringen. Im Falle eines solchen Eindringens sind die Demonstranten durch Anwendung körperlicher Gewalt und geeigneter Mittel daran zu hindern, daß es zu Grenzdurchbrüchen kommt. In besonders gefährdeten Abschnitten sind zusätzlich zu den eingesetzten Grenzposten Diensthundeführer einzusetzen.
7. Die Anwendung der Schußwaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.“¹⁶

Dieser Befehl wurde im Hinblick auf die angesagte Großdemonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin erlassen. Generaloberst Streletz als Redakteur sämtlicher Entwürfe zeigte sich überzeugt, dass damit im Herbst 1989 in der DDR eine wichtige Grundlage geschaffen worden war, um den Gebrauch von Schusswaffen und somit viel Blutvergießen zu vermeiden.¹⁷

Die Ziele der Protestbewegungen

Ohne das verantwortungsbewusste Verhalten der staatlichen, bewaffneten Machtträger aller Stufen schmälern zu wollen, soll an dieser Stelle auf den Charakter der im Herbst 1989 in der DDR ausgebrochenen Demonstrationen hingewiesen werden. Nicht „Feinde“, „konterrevolutionäre Gruppen“ oder „rowdyhafte Zusammenrottungen und gewalttätige Ausschreitungen“ waren es, welche auf die Straße

gingen, um den Staat zu zerstören und abzuschaffen, sondern unbewaffnete, friedliche, aber besorgte und teils erzürnte Bürger. Wichtig, und damit auch erleichternd für die staatlichen Befehlsträger im Rahmen ihrer Lagebeurteilungen war es, dass es bei den Protestbewegungen in der DDR 1989 (zumindest zu Beginn) nicht darum ging, die DDR als Staat zu beseitigen. Vielmehr war das erklärte Ziel, in diesem Land gewaltfrei die Lebensbedingungen zu ändern, nämlich in einer eigenständigen DDR als „Sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“.¹⁸ Angestrebt und auch verkündet war eine Art Konföderation mit der BRD, also der Erhalt zweier deutscher Staaten (auch mit zwei Armeen!), welche sich später schrittweise angleichen könnten oder sollten. Auch der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Kohl setzte zunächst auf eine solche Lösung.¹⁹ Somit war für Lagebeurteilungen und Entscheidungen staatlicher Machttäger entscheidend, dass ihnen gegenüber nicht gewalttätige oder gar bewaffnete Leute auf besetzten Barrikaden standen, sondern eigene, friedfertige Bürger gewaltlos für politisch gerechtfertigte Forderungen demonstrierten. Genauso gestaltete sich auch die größte Demonstration in Berlin am 4. November 1989, als auf dem Alexanderplatz bis zu einer Million Menschen²⁰ den Aufrufen der veranstaltenden Bürgerbewegungen²¹ gefolgt waren. „Der 4. November auf dem Alexanderplatz wurde zum Höhepunkt des unerwarteten Aufbruchs in der DDR zu einer Zivilgesellschaft. Trotz unterschiedlich artikulierter politischer Interessen drückte das Massenmeeting einen weltoffenen, neuen demokratisch-sozialistischen Ansatz auf einer friedlich revolutionären Grundlage aus. Hierin widerspiegelte sich die gesund gebliebene Kraft in der DDR-Gesellschaft. Das in einem Land, wo es niemand erwartete; nach den blutigen und bitteren Erfah-

rungen von 1953 (Aufstand in der DDR) und im gesamten Ostblock, wie etwa 1956 (Ungarn), 1968 (Tschechoslowakei) oder 1980/81 (Polen). Der Aufbruch entwickelte sich trotz einer jahrzehntelangen personellen Führungskontinuität der SED-Diktatur, einer disziplinierten Partei, die schon als exotisch galt, eines mächtigen Sicherheitssystems und des langjährigsten Sicherheitsministers nicht nur in Deutschland. Er setzte sich durch, obgleich eine Mobilisierung aller militärischen, Polizei- und Sicherheitskräfte sowie stationierter Sowjetischer Truppen fast eine Million Bewaffnete hätte in Bewegung setzen können. So drückte dieser Tag nicht nur eine spezifische Seite der Implosion des Ostblocksystems aus, sondern auch die Untauglichkeit der Reparaturmaßnahmen seit der Absetzung Honeckers, obgleich Krenz auch einige politische Kanäle geöffnet hatte. Die politische Krise musste zum Ausbruch kommen und gegensätzliche Stimmungslagen von Aufbruch und Hoffnung, Sorge, Resignation sowie Angst erzeugen.“²² In diesem politischen Klima drängte sich ein grundsätzliches, neues Denken auf höchsten Staatsebenen immer dringender auf, wie es dann auch wirklich geschehen sollte.

Klimawandel in der Sowjetunion

Unter Generalsekretär Gorbatschow wurde 1988 die so genannte „Breschnew-Doktrin“²³ aufgehoben. Von da an beschränkten sich – mit Bezug auf die DDR – die sowjetischen Verpflichtungen darauf, der DDR nur im Falle einer direkten Aggression von außen zur Seite zu stehen. Damit war klar, dass im Falle eines Konfliktes der DDR-Behörden mit der eigenen Bevölkerung die sowjetischen Truppen in den Kasernen bleiben würden. Valentin Falin²⁴, ein Berater und Vertrauter Gorbatschows, meinte: „Nach dem Treffen Michail Gorbatschows mit Erich Honecker im Juni

1989 in Moskau hatte ich eine Hoffnung und bewahrte mir eine Illusion, dass die unvermeidlichen Veränderungen in der DDR ohne Blutvergießen ablaufen mögen und dass die junge Generation der SED, die die ‚alte Garde‘ stützten, die Republik vor dem Sturz ins Chaos bewahren möge. Davon war auch in vielen Gesprächen mit dem Generalsekretär die Rede.“²⁵

Als Gorbatschow von den 40-Jahr-Feiern in der DDR nach Moskau zurückgekehrt war, berichtete er am 12. Oktober 1989 im Politbüro des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) über seine Gespräche in Berlin, dass Honecker bestrebt sei „nicht alles völlig offen zu legen“, dass in der DDR „ein explosiver Prozess reife“, dass Honecker diesen nicht verstehe und nicht verstehen könne, dass es in der DDR unbedingt notwendig sei, den demokratischen Bestrebungen des Volkes entgegenzukommen. In den Reihen der SED „geschehe Zerfahrenheit und Zersetzung, besonders in Dresden und Leipzig, aber auch im Politbüro selbst“.²⁶ Der damalige Sonderberater Gorbatschows, Kondratschow, schrieb später, dass dieser bei seinem Besuch in Berlin auch klar gemacht hatte, „dass die sowjetischen Truppen in der DDR bei einer Unterdrückung der wachsenden inneren Opposition nicht zu Hilfe kommen würden“.²⁷

Es folgte eine nochmalige Prüfung der Lage in der DDR durch die Entsendung eines hochrangigen Vertreters des KGB. Nikolai Leonow, damals stellvertretender Direktor des sowjetischen Nachrichtendienstes, übernahm diesen Spezialauftrag, „um eine Einschätzung über die Aussicht des Verbleibens der DDR als unabhängiger Staat und Bündnispartner zu treffen“.²⁸ Sowohl der Sondergesandte Leonow, als auch der KGB-Resident in Berlin, General Nowikow, kamen nach zahlreichen Treffen und Gesprächen übereinstimmend in ihrem Bericht nach Moskau zum Schluss,

„dass es keine Chance auf den Verbleib der DDR als selbständiger und souveräner Staat und als Mitglied des Warschauer Vertrages gibt, genau wie praktisch auch keine Chance mehr für eine sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR existiert. Nationalistische Gefühle haben das Land voll erfasst. Die politische Führung, die aus neuen Leuten besteht, kann die Situation nicht beherrschen“.²⁹ Sie empfahlen daher, sich von jeglichen Illusionen zu verabschieden. Soweit der Hintergrund für alle künftigen politischen Entscheidungen in der DDR, wie er für eine realistische Einschätzung der Lage notwendig war.

Davon, dass Erich Honecker tatsächlich nichts begriffen hatte, zeugte sein Fernschreiben vom 8. Oktober 1989, 11:00 Uhr, an die Bezirksleitungen der SED: Demnach hätten sich die Demonstrationen gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates gerichtet und teilweise „den Charakter rowdyhafter Zusammenrottungen und gewalttätiger Ausschreitungen“ getragen. Die Funktionäre sollten deshalb vor Ort an „der Unterbindung der Krawalle teilnehmen und offensiv in Erscheinung treten“.³⁰ Am Vortag waren ja auch (wie bereits dargelegt) in Berlin, Dresden und in vielen anderen Städten Demonstrationen und Sitzstreiks mit Gewalteinsetzten der Polizei beantwortet worden, wobei 100 Sicherheitskräfte und 46 Demonstranten verletzt worden waren.

Umdenken in der politischen Führung in Berlin

Nach den gefährlichen Ereignissen vom 7. Oktober 1989 schien in den Köpfen der Partei- und Staatsspitzen der DDR – aus welchen Motiven auch immer – ein Umdenken eingesetzt zu haben. In Berlin legte Egon Krenz dem noch amtierenden Generalsekretär Erich Honecker den Entwurf für eine Erklärung des Politbüros vor, den dieser umgehend als „Kapitulationserklä-

„zurückwies. Honecker soll Krenz gar mit einem Ende dessen politischer Laufbahn gedroht haben. Die damit offen ausgebrochene Meinungsverschiedenheit über einen notwendigen Kurswechsel in der Partei- und Staatsspitze stellte diese vor die ungewohnte Entscheidung, entweder dem noch immer mächtigsten Mann im Staat (Honecker) weiter in Richtung einer gewaltsamen Niederschlagung jeglicher politischen Opposition zu folgen, oder Honecker zu ersetzen und aus der Staatsführung zu entfernen.

Am Beginn dieses Entscheidungsprozesses dürfte eine Zusammenkunft eines Teiles ausgewählter politischer Machtträger im Büro des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, gehört haben, über welche wir wenig wissen. Ob dort die Abwahl Honeckers durch das Politbüro und dessen Ersatz durch Egon Krenz entschieden worden war, entzieht sich unserer Kenntnis. Einen Einblick in die dortigen Diskussionen lassen aber die Aussagen von Generalleutnant Hummitzsch zu, der am Nachmittag des 8. Oktober 1989 einen Anruf von Politbüromitglied Rudi Mittig erhielt, wonach in Hinblick auf die Demonstration in Leipzig „die Proteste auf gar keinen Fall gewaltsam unterbunden werden sollten – wir sollten die Demonstranten einfach laufen lassen. (...) Mittig berief sich dabei auf ein Treffen, an dem u.a. der Sekretär des ZK, Egon Krenz, die Minister für Inneres und Staatssicherheit, Friedrich Dickel und Erich Mielke, Generaloberst Fritz Streletz von der NVA und der Abteilungsleiter für Sicherheitsfragen im ZK, Wolfgang Herger, teilgenommen hatten. Dabei sei genau diese Linie festgehalten worden“.³¹ Offensichtlich hatte auch der treueste Gefolgsmann Honeckers und allmächtige Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, inzwischen seine Haltung angepasst. Hummitzsch erhielt am Tag der Demonstration gleich drei persönliche

Anrufe seines Ministers: „Er war sehr besorgt und emotional, so kannte ich ihn gar nicht. Es dürfe auf keinen Fall zum Einsatz von Schusswaffen kommen, dafür müsste ich ‚gerade stehen‘, schärfte er mir immer wieder ein. (...) Dieser Anruf hatte mich damals stark bewegt. Immerhin hatte Mielke ja einen gewissen Ruf, er pflegte mit seinen Mitarbeitern nicht gerade freundlich umzugehen.“³² All das, nachdem Mielke Hummitzsch erst Tage zuvor noch beschuldigt hatte: „Bei Dir hat das alles angefangen, du hast das zugelassen!“³³

Doch die Entscheidungsträger auf der Bezirksebene Leipzig hatten gegenüber den demonstrierenden Bürgern ohnehin schon auf eigene Verantwortung eine neue Haltung eingenommen. Die Schusswaffen waren bereits unter Verschluss.

Ablöse von Partei- und Staatschef Erich Honecker

Am 10./11. Oktober 1989 entbrannten im Politbüro der DDR teils erbitterte Diskussionen über den einzuschlagenden Parteikurs. Es gab starke Meinungsdivergenzen zwischen Honecker und anderen Mitgliedern. Auch Minister Mielke hielt fest: „Die Linie, keine Gewalt anzuwenden, ist richtig. Ich unterstütze sie.“³⁴ Damit hatte er sich offen gegen Honecker und den (in der Parteiführung ebenfalls maßgebenden) Günter Mittag gestellt. Diese Sitzung war vermutlich der letzte Anstoß zur Einleitung der Absetzung Honeckers als Staatschef und Generalsekretär der SED. Die Ablöse erfolgte – für ihn selbst offenbar überraschend – am 17. Oktober 1989. Egon Krenz wurde unmittelbar danach zum Nachfolger ernannt.³⁵

All die geschilderten Abläufe warfen wiederholt die Frage auf, warum die politische Führung der DDR die sich über lange Zeit aufbauenden Unruhen nicht wahrnehmen konnte oder nicht wahrhaben

wollte, obwohl die Staatssicherheit ständig berichtet hatte. Eine Erklärung dazu gab Jahre später MfS-Generalleutnant Hummitzsch: „Berichtet hatten wir in der Tat, aber es ist nichts passiert. In Berlin herrschte so etwas wie Sprachlosigkeit. Was sich damals im Politbüro oder im Zentralkomitee im Detail abgespielt hat, weiß ich nicht. (...) Das Schlimmste aber war, dass die Bevölkerung das Vertrauen in Partei und Regierung verloren hatte. In Berlin wollte man einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Menschen immer unzufriedener wurden. Die Genossen an der Spitze wollten international glänzen, sie wollten stolz auf das Erreichte sein. Was die Menschen aber wirklich bewegte, wollte aber leider keiner so richtig wahrnehmen. Mielke sagte mir im August 1989 in einem vertraulichen Gespräch, außer Krenz lese im Politbüro niemand meine Berichte. Das spricht wohl Bände.“³⁶

Obwohl der neue Generalsekretär Egon Krenz nach der Ablöse Honeckers durch einige Lockerungen versuchte, die Stimmung in der Bevölkerung der DDR zu Gunsten des Regimes zu beeinflussen, war ihm kein Erfolg beschieden. Das Vertrauen in den Staat war verspielt und weder eine durch die Volkskammer neu aufgestellte Regierung (Regierung Modrow) noch neue Köpfe in Spitzenpositionen der bewaffneten Staatskräfte vermochten den Zerfall der DDR aufzuhalten. Wie es zum plötzlichen und endgültigen Zusammenbruch der Staatsmacht im November 1989 kam, wie ihn die diensthabenden Offiziere der bewaffneten Kräfte auf der Ostseite des Grenzüberganges Bornholmer Straße in Berlin erlebten und – einmal mehr von ihrer Führung im Stich gelassen – in unvorhergesehenen, nie durchdachten oder geübten Lagen unter Zeitdruck Entscheidungen zu treffen hatten, wird im zweiten Teil dieser Arbeit dargestellt.

¹ Die nachfolgende Darstellung stützt sich in weiten Teilen auf *Otto 2000*. Für eine genaue Darstellung dieser Dienstbesprechung vgl. das Protokoll dieser Sitzung in *Lagebericht 1990*.

² Generalleutnant Manfred Hummitzsch war von 1967 bis 1989 Leiter der Bezirksverwaltung Leipzig des Ministeriums für Staatssicherheit. Er hatte damals alle entscheidenden Sitzungen der Bezirksleitung geleitet oder daran teilgenommen. Ein Interview zu den dramatischen Tagen in Leipzig wurde vor zehn Jahren von Peter Wolter geführt und in der Zeitung „Junge Welt“ am 09.11.2009 (20 Jahre nach den Ereignissen) veröffentlicht (Wolter 2009).

³ *Lageberichte 1990*, 127.

⁴ *Ebd.*

⁵ Honecker befand sich zu dieser Zeit im Krankenhaus.

⁶ *Otto 2000*, 458.

⁷ Dokument in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), DY-30/J IV 2/3/ 4443.

⁸ *Otto 2000*, 461.

⁹ *Ebd.*, 462.

¹⁰ Befehl Nr. 8/89 vom 26.09.1989, Geheime Verschlusssache. Die Kopien der Originale aus dem Privatarchiv Streletz sind im Besitz des Autors. Ich danke Herrn Generaloberst Streletz für die Zusammenstellung und Kopie einer Reihe von einschlägigen Dokumenten aus seinem privaten Besitz mit der Erlaubnis, davon für diesen Artikel Gebrauch zu machen.

¹¹ *Ebd.*

¹² *Lagebericht 1990*, Akte BStU: MfS ZAIG B/215.

¹³ Befehl Nr. 9/89 vom 13.10.1989. Die Kopien der Originale aus dem Privatarchiv Streletz sind im Besitz des Autors.

¹⁴ Befehl Nr. 10/89 vom 01.11.1989. Die Kopien der Originale aus dem Privatarchiv Streletz sind im Besitz des Autors.

¹⁵ Befehl Nr. 11/89 vom 03.11.1989, Geheim. Die Kopien der Originale aus dem Privatarchiv Streletz sind im Besitz des Autors.

¹⁶ *Ebd.*

¹⁷ Vgl. die Aussagen von Generaloberst Fritz Streletz (Streletz 2014, 7).

¹⁸ An dieser Stelle sei auf die Bewegung „Für unser Land“ hingewiesen, die zunächst lediglich ein Aufruf von 31 Bürgern darstellte, welcher im Rahmen einer Pressekonferenz am 28.11.1989 vom bedeutenden Schriftsteller Stefan Heim verlesen und bis Jänner 1990 bereits von ca. 1,2 Millionen Bürgern mitunterzeichnet worden war. Aus Befürchtungen der Initiatoren einer politischen und wirtschaftlichen Vereinnahmung ihres Landes wandte sich der Aufruf gegen eine Vereinigung der DDR mit der BRD. Zugleich plädierte der Text für den Erhalt einer eigenständigen DDR als „Sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“.

¹⁹ Vgl. Falin 2014, 151.

²⁰ So die Einschätzung des MfS. Die Schätzungen der Teilnehmerzahl gehen bis heute weit auseinander. Weitere interne Berichte zu den Demonstrationen und die mitgeführten Parolen sind mit genauen Quellenangaben der MfS-Akten wiedergegeben in der INFO 5/1994 des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), 10 f. Danach hatten vom 30.10.1989 bis 11.11.1989 insgesamt rund 1,4 Millionen Menschen auf den Straßen demonstriert.

²¹ Nach einer internen Information des MfS waren die Initiatoren der „Demonstration für die Medienfreiheit entsprechend der Inhalte der Art. 27 und 28 der Verfassung der DDR“ Kunstschaffende. Das Dokument MfS ZAIG Nr. 484/89 ist auch abgedruckt in *Lageberichte 1990*, 242 f.

²² *Otto 2000*, 474 f.

²³ Breschnew-Doktrin zur Erhaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnungen in den Ländern Osteuropas mit den militärischen Mitteln aller Vertragsstaaten des Warschauer-Vertrages.

²⁴ Valentin Falin, dreißig Dienstjahre im sowjetischen Außendienst, Botschafter in Bonn, Direktor der Presseagentur Nowosti, 1988–1991 als Leiter der internationalen Abteilung des ZK enger Berater von Michail Gorbatschow. Ihm verdanken wir das Wissen um Lagebeurteilungen und Meinungsbildungen im Kreml zur damaligen allgemeinen politischen Situation und zu den Ereignissen in der DDR. Vgl. Falin 2014.

²⁵ Ebd., 149.

²⁶ Gemäß Tagebuch des Politbüromitgliedes Witali Worotnikow, zit. n. Otto 2000, 463.

²⁷ Ebd. mit genaueren Quellenangaben.

²⁸ Nikolai Sergejewitsch Leonow (Historiker, Mitglied der Akademie der Naturwissenschaften, Leiter des Lagezentrums des KGB, stv. Direktor des sowjetischen Nachrichtendienstes). Hier Leonow 2017, 417.

²⁹ Ebd., 418.

³⁰ Zit. n. Otto 2000, 463.

³¹ Wolter 2009. Vgl. Endnote 2.

³² Ebd.

³³ Ebd.

³⁴ Eine Wiedergabe des Sitzungsverlaufes findet sich bei Krenz 1999, 96.

³⁵ Ebd., 115.

³⁶ Wolter 2009. Vgl. Endnote 2.

Quellenangaben

Falin, Valentin (2014). *Konflikte im Kreml, der Untergang der Sowjetunion*, Berlin. INFO 5/1994 des BStU.

Krenz, Egon (1999). *Herbst 89*, Berlin.

Lageberichte (1990). *Befehle und Lageberichte des MfS vom Januar bis November 1989*, Ziffer 21 und Akte BStU: MfS ZAIG B/215, Berlin.

Leonow, Nikolai S. (2017). *Die letzten Aktionen des KGB*, Berlin.

Otto, Wilfriede (2000). *Erich Mielke – Biographie*, Berlin.

Streletz, Fritz (2014). *Zeitzeugen der NVA und der Grenztruppen der DDR zu den Ereignissen im Herbst 1989 und im Jahre 1990*, Kompass (1), Sonderausgabe.

Wolter, Peter (2009). *Ohne Blut an den Händen durch Leipzig laufen*, Junge Welt, 09.11.2009, 3.

Weiterführende Literatur und Links

Hertle, Hans-Hermann (2009). *Chronik des Mauerfalls – Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989*, Berlin.

Kompass (2018). *Gedenkschrift „Zur Erinnerung an den Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Admiral Theodor Hoffmann, Landarbeiter – Seeoffizier – Patriot“*, Sonderausgabe.